

# Ursachen für die Leugnung menschengemachter Klimaerwärmung durch Rechtspopulisten

03. November 2019 | Erstellt von Manfred Baberg

**Wir stecken in einem Dilemma. Wir ahnen, dass auf unserer begrenzten Erde ein ewiges wirtschaftliches Wachstum nicht möglich ist. Andererseits wird uns erklärt, dass eine Wirtschaft ohne Wachstum in die Krise führt. Wie können wir dieses Dilemma überwinden?**

**Das wird in diesem Aufsatz erörtert und es werden ganz konkrete Auswege aufgezeigt.**

Menschengemachte Klimaerwärmung wird nicht nur von Unternehmen der Gewinnung und Verwendung fossiler Energien aus wirtschaftlichen Interessen angezweifelt und geleugnet. Rechtspopulistische Parteien in Europa (aber nicht alle - die ungarische Fidesz und die österreichische FPÖ z.B. nicht) leugnen oft wie der amerikanische Präsident Trump den menschengemachten Klimawandel aus ideologischen Gründen, die mit Nationalismus und Neoliberalismus zu tun haben. Diese sollen im Folgenden näher betrachtet werden.

Die wachsende soziale (Einkommens- und Status-) Ungleichheit hat zu sozialem Abstieg und insbesondere bei noch nicht direkt betroffenen Angehörigen der Mittelschicht zu Abstiegsängsten geführt (Nachtwey 2016). Anstelle von kulturellem Individualismus, den die Aufstiegs-gesellschaft der Nachkriegszeit hervorgebracht hat, tritt die Sehnsucht nach Wiederkehr des Vergangenen. So waren Verbrennungsmotor, Fliegen und Fleisch noch vor 60 Jahren keine als Bedrohung des Klimas wahrgenommenen Bestandteile des Lebensstils. Problematischere Elemente der Rückkehr in die Vergangenheit sind jedoch die Wiederbelebung traditioneller Werte wie Autoritarismus und Nationalismus. Insbesondere letzterer steht in Widerspruch zu Humanismus und Solidarität. Steven Pinker (2018, 514) definiert Humanismus als das Ziel, menschliches Wohlergehen zu maximieren, indem Leben, Gesundheit, Glück, Freiheit, Wissen, Liebe und Reichtum an Erfahrungen für alle Menschen gefördert werden sollen.

Als ideologischen Hintergrund für das im Widerspruch dazu stehende Wiederaufleben von Autoritarismus, Nationalismus und Faschismus sieht er die Philosophie Friedrich Nietzsches, der behauptete, „es sei gut, ein herzloser, egoistischer, größenwahnsinniger Soziopath zu sein“ (556), weil nur durch „Übermenschen“ das Potenzial der menschlichen Spezies sich entfalten könne. Die breite Masse der „Schlechtweggekommenen“ (557) zähle dagegen nicht. Solche Haltungen führen nicht nur zu Ethnozentrismus und Rassismus, sondern fördern auch die Negierung von Bedürfnissen der Menschen, die z.B. in den Ländern des Südens schon heute vom Klimawandel viel stärker betroffen sind als Europäer oder Amerikaner. Wer „America first“ als Ziel der nationalen Wirtschaftspolitik definiert, muss sich

um die Bedürfnisse anderer nicht kümmern.

Eine Wirtschaftspolitik, die eigene nationale Interessen in den Mittelpunkt stellt, kann sich nicht nur auf antihumanistische philosophische Traditionen berufen, sondern entspricht auch dem Menschenbild des Neoliberalismus. Der homo oeconomicus stellt den Eigennutz in den Mittelpunkt und strebt danach, mehr Besitz und einen höheren sozialen Status zu erreichen (auch wenn dieser nicht dem „Übermenschen“ entspricht). Permanenter Wettbewerb führt gemäß dieser Ideologie zur Weiterentwicklung während Mitmenschlichkeit und Solidarität als rückständige Instinkte betrachtet werden.

Weltweite Solidarität, die nicht nur alle Menschen, sondern auch Tiere und Pflanzen einbeziehen sollte, wäre jedoch nach Heinz Bude (2019) erforderlich, um die gegenwärtigen ökologischen und sozialen Probleme zu lösen. Sie wird aber dadurch behindert, dass in der heutigen neoliberal geprägten Arbeitswelt respektable und respektierte Positionen nur durch „intensive Statusarbeit“ im Hamsterrad der Existenzsicherung erreicht werden können. „Bankangestellte geraten in Statuspanik, Eltern geraten in Bildungsangst, und Studierende geraten in Existenzangst (...). Wo ist da noch Zeit und Kraft und Raum für Solidarität?“ (156).

Zur Leugnung der menschengemachten Klimaerwärmung trägt die neoliberale Ideologie darüber hinaus auch durch Wachstumszwang und Ablehnung staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft bei. Wenn Klimaschäden als Marktversagen interpretiert werden können, müssten wesentliche Bestandteile der neoliberalen Ideologie aufgegeben werden. Staatliche Eingriffe zum Klimaschutz werden jedoch als „Ökosozialismus“ strikt abgelehnt und die Grünen als „ökologische Scharia-Polizei“ diffamiert.

Der Klimawandel hat sich durch Hitze und Trockenheit in den letzten beiden Jahren auch in Deutschland mit Beeinträchtigungen u. a. der Land- und Forstwirtschaft bemerkbar gemacht. Die Erfolge von Fridays for Future (FFF) und anderer umweltpolitischer Nichtregierungsorganisationen sind darauf ebenso zurückzuführen wie das Umfragehoch für die Grünen. Es reicht jedoch nicht aus, auf verstärkte Wahrnehmung der Fakten durch große Teile der Bevölkerung zu vertrauen. Notwendig sind darüber hinaus intensive Aufklärungsarbeit über die antihumanistischen Hintergründe der Leugnung menschengemachter Klimaerwärmung und die damit verbundene Handlungsverweigerung sowie eine Verbesserung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung bei Kindern und Jugendlichen. Mit Aufklärungsarbeit kann man zwar nicht diejenigen erreichen, die aus emotionalen Gründen wie Ängsten vor sozialem Abstieg oder der Änderung des eigenen Lebensstils den Klimawandel leugnen – hier wären Kampagnen für größere soziale Gleichheit notwendig. Mit Aufklärung kann man aber verhindern, dass sich andere diesen Positionen anschließen.

Ein wichtiger Ansatz hierzu ist auch der „Nationale Aktionsplan Bildung für Nachhaltige Entwicklung“, der 2017 beschlossen wurde und nun endlich durch Änderungen der schulischen Rahmenpläne und Veränderung der Inhalte in den einzelnen Fächern verstärkt umgesetzt werden soll (Glaser 2019, 12 f.). Zusammen mit der Bewegung FFF kann so eine

breite Basis für die Akzeptanz menschlicher Verantwortung für das Klima und die Unterstützung von ernsthaften und wirksamen Maßnahmen zur Verhinderung von Katastrophen geschaffen werden.

#### Literatur

Bude, Heinz (2019): Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee. Carl Hanser Verlag, München

Glaser, Norbert (2019): Viel guter Wille, wenig Fortschritte. Erziehung & Wissenschaft 10/2019, 12 – 13

Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. edition suhrkamp 2682, Berlin

Pinker, Steven (2018): Aufklärung jetzt. Für Vernunft, Wissenschaft, Humanismus und Fortschritt. Eine Verteidigung. S. Fischer Verlag, Frankfurt a.M.